



Infoblatt

Nr. 1 / 2003

Liebe Leserin, lieber Leser

Heute halten Sie wieder eines unserer Infoblätter in der Hand. Es soll Ihnen einen Einblick in die Arbeit der Freien Wähler geben. Wir möchten darstellen, womit wir uns beschäftigen und was uns beschäftigt. Was wir im Rahmen der Kommissions- und Gemeinderatsarbeit tun, wird letztlich alle betreffen.

Grosse Politiker und Manager werden nach 100 Tagen im Amt gerne in den Medien beurteilt, ihre Arbeit kommentiert. Der neue Vorstand der Freien Wähler hat diese 100 Tage schon längst und ganz still hinter sich gebracht – schliesslich sind wir auch nur kleine Fische. Dennoch möchte ich ein paar Worte dazu sagen. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Mitgliedern für ihren Einsatz bedanken. Mit grosser Aufmerksamkeit und Eigenverantwortung setzen sich alle für ihren Teilbereich ein, ohne das Ganze aus den Augen zu verlieren.

An den bisherigen Sitzungen des Vorstandes ging es darum, dass er sich zum einen selbst organisiert. Zum anderen ging es auch um die Planung der Wählerversammlung. Das waren zwei handfeste Organisationsaufgaben, so dass inhaltliche Auseinandersetzungen demgegenüber eher im Hintergrund blieben. Das wird sich in

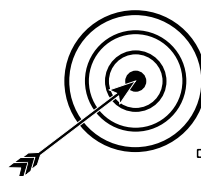
Zukunft, wenn das Praktische Routine ist, ändern. Ich wünsche uns und das nicht nur für den Vorstand der Freien Wähler, dass wir uns weiterhin in gegenseitigem Respekt und mit der Bereitschaft dem anderen wirklich zuzuhören begegnen können.

Im letzten Infoblatt haben wir Sie informiert, dass wir die Ombudsstelle aufgehoben haben. Wenn Sie ein Anliegen haben, so können Sie sich jederzeit an eines der Mitglieder des Vorstandes der FWD wenden. Wir nehmen uns Ihres Anliegens an und werden versuchen, gute Lösungen zu finden.

Sie erreichen uns wie folgt:

<i>Ursula Kradolfer</i>	<i>061 751 21 19</i>
<i>Rosmarie Erath</i>	<i>061 701 60 66</i>
<i>Hans Hasler</i>	<i>061 701 40 17</i>
<i>Franz Portmann</i>	<i>061 701 44 82</i>
<i>Hans Reinacher</i>	<i>061 701 82 53</i>

Ursula Kradolfer



Gemeinderat

9 Mitglieder

FWD-Vertreter: Rosmarie Erath-Stebler,
Hans Hasler, Ursula Kradolfer Gebhardt



*Wer ganz genau wissen möchte, was der Gemeinderat behandelt hat und was wir von den FWD dazu meinen, der kann das auf der Website www.fwd-dornach.ch nachsehen... wer keinen Internetzugang hat, kann sich einen Ausdruck schicken lassen! Wenden Sie sich an:
Hans Reinacher, Tel. 061 701 82 53.*

Was wir im Gemeinderat behandelt haben

Wie immer in solchen Fällen, nehme ich zuerst die gesammelten Protokolle zur Hand. Was hat der Gemeinderat in diesem Jahr schon alles diskutiert? Welche Traktanden gingen diskussionslos durch, welche nicht? Wie wurde argumentiert? Es waren immerhin fast 100 Traktanden, die beraten wurden.

Fraglos

Vieles ist natürlich unumstrittene Routine. So erschöpft sich beispielsweise die Beratung über den Antrag der Bauverwaltung, die kaputten Kanalisationsschächte und Deckel an der Hochwaldstrasse zu sanieren, in einer Verständnisfrage.

Fragwürdig

Weitere Routine-Geschäfte sind Anstellungen, vor allem von Lehrkräften. Auch hier gibt es wenig zu diskutieren. Die gesamte Vorarbeit wird von der Schulkommission geleistet: sie prüft die Bewerbungen, führt die Bewerbungsgespräche und legt schliesslich dem Gemeinderat einen Antrag vor. Mit welchen Argumenten könnte der Gemeinderat den Vorschlag ablehnen? Er weiss von den Bewerberinnen und Bewerbern noch weniger als die Schulkommission. Hier stellt sich die Frage nach der Kompetenzzuweisung. Wäre es angemessener, die Anstellung von Lehrerinnen und Lehrern der Schulkommission zu übertragen?

Diskussionswürdig

Immer wieder auf der Traktandenliste stehen Geschäfte, die zum Thema „Sportförderung“ gehören. So beschloss der Gemeinderat, den Rasen der Sportanlage Gigersloch sanieren zu lassen, ebenso die Finnenbahn und den Pétanque-Platz. Diese Anträge bieten einigen

Diskussionsstoff. Muss es wirklich eine Total-sanierung sein? Geht es nicht günstiger? Wie kann pfleglicher mit dem Rasen umgegangen werden? Müssten nicht strengere Kriterien festgelegt werden, nach denen entschieden wird, ob der Rasen bespielt werden darf oder nicht? Aber auch grundsätzlichere Fragen wurden diskutiert: Wie lässt es sich rechtfertigen, dass die Gemeinde Infrastruktur zur Verfügung stellt, die einzelnen Vereinen zur Ausübung ihres Hobbys dient? Müsste sie nicht aus Gründen der Gleichbehandlung beispielsweise den Mitgliedern der Concordia ihre Musikinstrumente zahlen? Um es kurz zu machen: Der Gemeinderat ist mehrheitlich der Meinung, dass die Sportanlagen optimal unterhalten werden sollen. Sie werden nicht nur von einzelnen Vereinen genutzt, sondern auch von den Schulen und anderen Einwohnerinnen und Einwohnern.

Weitere Beispiele diskussionswürdiger Traktanden

Die folgenden Themen stellen eine subjektive Auswahl dar. Damit soll nicht die Wichtigkeit der Beispiele (oder umgekehrt die Unwichtigkeit der nicht genannten Themen) dargestellt werden, sondern der Umgang mit einem Thema.

Variantenstudie Generelles Entwässerungsprojekt GEP

Die Gemeinden sind gehalten ein GEP auszuarbeiten. Übergeordnetes Ziel ist es „sauberes“ Abwasser nicht der ARA, sondern einem Gewässer zuzuleiten. Das GEP soll aufzeigen, in welchen Gebieten der Gemeinde es beispielsweise möglich ist Regenwasser zu versickern. In welchen Gebieten der Gemeinde das Regenwasser getrennt vom Abwasser abgeführt werden soll, gibt es ebenso an wie diejenigen Gebiete der Gemeinde,

bei denen alles beim Alten bleibt. Dieses GEP ist in Dornach noch in Arbeit. Sinnvollerweise wird jedoch bei Strassensanierungen geprüft, ob gleich ein zweites Rohr verlegt werden sollte, weil dort eventuell in Zukunft das Trennsystem eingeführt wird. Bisher liegen Angaben darüber vor, wo welches System möglich wäre. Noch nicht entschieden wurde, ob das GEP auch so umgesetzt werden soll. Doch schon jetzt wurde dem Gemeinderat ein Antrag unterbreitet, eine Variantenstudie in Auftrag zu geben. Diese soll den Anteil am Gemeindegebiet, für das Trennsystem möglich ist (und wo es dann gemäss Gesetz auch eingeführt werden soll) verkleinern. Nun ist es aber laut Unterlagen nur für etwa ein Drittel des Gemeindegebietes überhaupt möglich das Trennsystem einzuführen. Aber wenn es nur ein Viertel wäre, käme das billiger. Denn klar ist: Einbau und Unterhalt des Trennsystems kosten Geld. Da werden dann auch Argumente bemüht, die auf wackligen Beinen stehen. Zum Beispiel, dass die ARA mit dem konzentrierteren Abwasser (Hausabwässer, ohne Regen-/Meteowasser) Probleme bekomme. Tatsache ist, dass die ARA darauf ausgelegt ist, auch während Trockenperioden zu funktionieren. Ausgaben für ein ungeliebtes Ziel sollen so klein gehalten werden.

Beteiligung der Gemeinde an regionalen Arbeitsgruppen

Dornach ist dem neugegründeten Verein Regio Forum Plus beigetreten. Sein Ziel ist die Förderung der Region Dorneck-Thierstein. Hauptschwerpunkt ist die Wirtschaftsförderung durch Beratung und Information interessierter Unternehmen. Ob Aufwand und Ertrag in gesundem Verhältnis stehen, wurde nicht beantwortet. Aber weil ja niemand gegen Wirtschaftsförderung ist und die ganze Geschichte medienwirksam aufgezo-gen wird, ist Dornach Mitglied.

Fussgängerstreifen

Die Verkehrskommission hat alle Fussgängerstreifen in der Gemeinde überprüft und

dokumentiert. Sie hat aufgelistet, was ihrer Meinung nach verbessert werden sollte. Sie beantragte dem Gemeinderat diese Verbesserungen auszuführen. Eine zweite Überprüfung durch die Verwaltung, gemeinsam mit dem Zuständigen des Kantons ergab, dass ein grosser Teil der Streifen nicht bewilligt würde. Gründe dafür sind: vor allem Unübersichtlichkeit und zu geringe Sicherheitsdistanzen. Fussgängerstreifen, die die Anforderungen des Kantons nicht erfüllen, seien ein Risiko für die Gemeinde (Haftung). Ausserdem wiege sich in falscher Sicherheit, wer dem Streifen vertraut. Die Strasse ohne Streifen überqueren ist demnach sicherer, weil die Fussgänger dort aufmerksamer seien, bevor sie die Strasse betreten. Die Kampagne für Kindergärtler mit den 3 L (loose, luege, laufe...) ist sicher schon an die 30 Jahre alt. Aber als Erwachsener nimmt man nur noch die dazugehörenden Plakate wahr. Und die müsste man ja lesen... Auf diese Weise wird das (noch nicht lange bestehende) Vortrittsrecht der Fussgänger ausgehebelt. Wo kein Fussgängerstreifen ist, kann man lange warten. Resultat: es wurden etliche Fussgängerstreifen aufgehoben, statt wie von der Kommission vorgeschlagen, verbessert.

Erhöhung Stellenprozente Leitung Jugendhaus

Das Jugendhaus Dornach wurde 1991 eröffnet. Die steigenden Besucherzahlen führten dazu, dass die Leiterstelle auf ein 70% Pensum erhöht und die Öffnungszeiten verlängert wurden. Der lang geplante Umbau des angrenzenden Schopfes in einen Discoraum wurde dank verschiedener Spenden 1998/1999 realisiert. Im Herbst 2002 wurde der vollständig durch Sponsoren finanzierte Medienraum in Betrieb genommen. Die Besucherinnen- und Besucherzahlen steigen laufend. Auch wird der Mädchenanteil immer grösser. Der Trägerverein Jugendhaus beantragte deshalb beim Gemeinderat eine Erhöhung der Stellenprozente für die Leitung von 70% auf 100%. Vorgesehen ist die Anstellung einer zweiten Betreuungsperson. Um

der Mädchenarbeit gerecht zu werden, soll die zweite Stelle mit einer Frau besetzt werden. Mit der Aufstockung der Stellenprozente ist auch eine weitere Ausdehnung der Öffnungszeiten vorgesehen.

Grossmehrheitlich wurde im Rat der Antrag des Trägervereins unterstützt und auch die Arbeit des heutigen Leiters gewürdigt. Es tauchte aber die Frage auf, ob die Erhöhung des Pensums wirklich so dringend ist und ob die Nachfrage auch in Zukunft noch besteht. Es wurde nach anderen Lösungen gesucht, z.B. die Anstellung einer Praktikantin.

Nach längerer Diskussion wurde der Antrag zuhanden der Gemeindeversammlung vom 18. Juni 2003 verabschiedet.

Ursula Kradolfer

Wetterlage: am Anfang stabil und angenehme Temperaturen, dann wechselhafte Bewölkung mit kurzen Aufhellungen, spürbarer Temperaturrückgang!

So würde ich, als Mitglied des Gemeinderates – meteorologisch betrachtet – die Entwicklung der Beziehung der Gemeinde Dornach zur Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft (AAG) in den letzten 10 Jahren beschreiben.

Im Folgenden werde ich Daten, Fakten, Ereignisse und Hintergründe aufzählen, die nach meinem Empfinden dieses Verhältnis beeinflusst haben und sie den entsprechenden Klimaphasen zuordnen.

Als Vorbemerkung möchte ich festhalten, dass mit dem Verhältnis zur AAG keinesfalls auch das Verhältnis zur anthroposophischen Bevölkerung gemeint ist.

Die Hauptrolle punkto Stimmungsbarometer spielt nach wie vor der jeweilige Planungsstand resp.-stillstand der Autoeinstellhalle am Goetheanum.

Stabile Wetterlage

Die Einigung des gemeinderätlichen Planungsausschusses mit der AAG, als Haupteigentümerin des Goetheanum-Areals, bezüglich der Überbaumungsmöglichkeiten innerhalb des Goetheanum-Geländes brachte im Jahr 1992 nach langjähriger Verhandlungsphase die lang ersehnte Entspannung. Der gemeinsam erarbeitete Zonen- und Erschliessungsplan „Goetheanum und seine Umgebung“ wurde auch durch den Regierungsrat genehmigt. Kernpunkt der Regelung war die von der AAG gewünschte Aufnahme der Felsliwiese in die Bauzone. Der Gemeinderat hatte dem Wechsel von der Freihaltezone in die Bauzone nur zugestimmt, weil sich die AAG in einer Vereinbarung verpflichtete, zur Lösung des akuten Parkproblems, in diesem Gebiet eine Einstellhalle zu erstellen.

Im Dezember 1993 wurde dem Gemeinderat (GR) ein erstes Überbauungs-Projekt vorgestellt. Vorgesehen waren im erweiterten Gebiet Felsliwiese zwei grosse Baukörper und eine Einstellhalle mit einer Fläche von rund 5'000 m². Dieses Projekt wurde mehrmals den Wünschen und Vorstellungen auf beiden Seiten angepasst, eine Einigung punkto Standort, Gebäudehöhe und Bauvolumen konnte nicht erzielt werden. Auch Befürworter und Gegner der Überbauung aus der Bevölkerung, namentlich auch aus anthroposophischen Kreisen, lieferten sich ein hartes Gefecht. Mit einer an der Gemeindeversammlung vom Juni 1994 für erheblich erklärten Motion „Demokratie für die Felsliwiese“ wurde erreicht, dass die Felsliwiese – mindestens bis zur Revision der Ortsplanung – eine Wiese blieb. Geblieben sind aber auch die Nöte der Bevölkerung rund ums Goetheanum. Die Situation war die, dass bei Veranstaltungen überall Autos parkiert wurden, die Wohnbevölkerung dadurch empfindlich gestört und verärgert wurde und auf der Verwaltung zahlreiche diesbezügliche Reklamationen eingingen. Enttäuscht waren aber auch auf beiden Seiten alle involvierten Personen, die miteinander und mit grossem Einsatz eine gute Lösung finden wollten. Soweit der erste Teil der Geschichte.

Wechselhafte Bewölkung, kurze Aufhellungen

Billettsteuer

Die AAG wurde bereits im Dezember 1989 wegen Verfolgung von ideellen und gemeinnützigen Zwecken mit Verfügung der Kantonalen Steuerverwaltung zu 80% von der Staats-, Gemeinde- und Schenkungssteuer befreit. Eine Befreiung von der Billettsteuer hatte die AAG damals nicht verlangt.

Im Jahre 1994 reichte die AAG bei der damaligen Gemeinderatskommission (GRK) ein Gesuch auf teilweise Befreiung von der Billettsteuer ein. Das Gesuch wurde erstinstanzlich von der GRK später auch vom GR abgewiesen mit der Begründung, die Billettsteuer gelte – auch in den umliegenden Kantonen – als Abgeltung für besondere Anstrengungen der Gemeinden im Infrastrukturbereich und werde ja vom Besucher und nicht von der AAG bezahlt. In einem längeren Beschwerdeverfahren über verschiedene Instanzen erreichte die AAG per Jan. 1995 die 100%-ige Befreiung von Steuern und damit auch von der Billettsteuer für sämtliche Veranstaltungen des Goetheanums. Der Gemeinde Dornach entfallen damit jährliche Einnahmen von rund Fr. 100'000.--.

Für Gesprächsstoff sorgte die von der AAG in Auftrag gegebene **Regionalwirtschaftliche Studie Goetheanum**, die im August 1995 veröffentlicht wurde. Die Studie untersuchte die durch das Goetheanum verursachten Geldströme, die vor allem in Dornach als Standortgemeinde, aber auch in Arlesheim und der ganzen Region wirksam werden.

Der GR bewertete in einer Stellungnahme den Auftrag der AAG, die wirtschaftliche Bedeutung des Goetheanums zu untersuchen und in einem Bericht darzulegen grundsätzlich positiv und bezeichnete ihn als wichtige Grundlage für die weitere Zusammenarbeit in beidseitigem Interesse.

Die einzelnen Aussagen bezüglich Finanzströme wurden vom GR als überzeichnet und

nicht nachvollziehbar beurteilt. Die Entlastung im Schulbereich durch die Tatsache, dass viele schulpflichtige Kinder die Rudolf Steiner Schulen besuchen, war dem GR bekannt, umstritten jedoch war die Höhe der Finanzwirksamkeit. Einhellig war man aber der Meinung, dass der Finanzbedarf zur Deckung der freien Schule nicht Aufgabe der Gemeinde sein kann. Unterschiedlich beurteilt wurden auch die Auswirkungen bezüglich Verkehrssituation, Parkplatznotstand und Mehrbelastung der Infrastruktur.

Meines Erachtens hatte die Studie als Negativ-effekt dazu beigetragen, dass vermehrt alles unter dem Blickwinkel der Wirtschaftlichkeit betrachtet wurde. Andere Aspekte, zum Beispiel die grosse Bedeutung des Goetheanums als Kulturzentrum, traten in den Hintergrund und wurden zu wenig in die Waagschale geworfen. Ein Ansatzpunkt gegenseitiger Verständigung auf dieser Ebene hatte sich beim gemeinsamen Besuch der Faust-Aufführung am Goetheanum durch den Gemeinderat gezeigt.

Wie ging es nun mit dem **Parking** weiter.

Nach Abschluss der Ortplanungsrevision wurde 1998 mit teilweise neuer Crew in der Arbeitsgruppe Gespräche mit der AAG, viel Elan und Enthusiasmus die Arbeit wieder aufgenommen. In kurzer Zeit wurde dank guter Zusammenarbeit und Goodwill auf beiden Seiten eine neue Lösung erarbeitet, die die Zustimmung aller Verantwortungsträger sowohl am Goetheanum als auch der Gemeinde fand. Auch von den kantonalen Fachstellen und der Eidgenössischen Denkmalpflege wurde die neue Variante gutgeheissen.

Ein wesentlicher Unterschied zum ersten Projekt bestand darin, dass die Wiese gegenüber dem Kaffee- und Speisehaus nicht mehr tangiert wurde und das 2-geschossige Parkhaus mit 190 unterirdischen Parkplätzen oberirdisch nur in Form der Ein- und Ausfahrten in Erscheinung trat. Dem Gestaltungsplan „Parkhaus Goetheanum“ wurde im November 2000 vom GR einstimmig zugestimmt und die

öffentliche Auflage beschlossen. Der Realisation schien nichts mehr im Wege zu stehen.

Enttäuschung und Resignation machte sich breit, als auch der neuen Variante von Seiten des grünen und alternativen Flügels innerhalb der anthroposophischen Gesellschaft Widerstand erwuchs.

Der **Temperaturrückgang** begann.

Beschleunigt wurde er durch die Einsprache der AAG gegen die Rechnung der Gemeinde für **Anschlussgebühren** vom September 2002 in Höhe von rund Fr. 166'000.-- im Zusammenhang mit dem grossen Saalumbau des Goetheanums. Die Rechnungsstellung erfolgte wie in jedem andern Fall auf Grund der Mehrwertschätzung der Solothurnischen Gebäudeversicherung. Die Grundlagen für die Gebäudeversicherung wurden vorgängig mit der AAG, Vertretern der Gemeinde und dem Schätzungspräsidenten erarbeitet. Die Einsprache wurde vom GR abgelehnt und wurde von der AAG resp. deren Anwalt an die Schätzungskommission weitergezogen.

Hiezu wäre noch zu bemerken, dass alle Grundeigentümer, also auch die Einwohner-, Bürger- oder Kirchgemeinde nach denselben Kriterien Anschlussgebühren bezahlen müssen.

Was also müsste geschehen, damit **Tauwetter** einsetzen könnte:

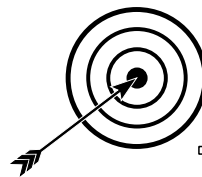
Im Falle des Parkings müsste die Sache nun rasch zu einem guten Ende geführt werden. Meiner Meinung nach geht es hier vor allem auch darum, dass die AAG die schriftlich eingegangene Verpflichtung erfüllt und nur so das Vertrauen in die Verlässlichkeit der AAG als Partner der Gemeinde wieder hergestellt werden kann. Dazu müsste in den eigenen Oppositionsreihen Überzeugungsarbeit geleistet werden.

Das Seilziehen um die Höhe der Anschlussgebühren und damit der Rechtsstreit mit der AAG müsste beendet werden.

Mit der Regelung dieser zwei aktuellen Angelegenheiten würde für die Zukunft eine Basis für eine konstruktive Zusammenarbeit geschaffen. Ausserdem würde verhindert, dass vor dem Hintergrund dieser Konflikte bei der Behandlung anderer Geschäfte die Objektivität leidet, was vor allem für die anthroposophische Bevölkerung Nachteile mit sich bringen könnte.

Auch wünsche ich mir, dass Meinungsverschiedenheiten mit der AAG künftig nicht mit dem Anwalt beigelegt werden müssen.

Rosmarie Erath



Bau- Werk- und Planungs- kommission

7 Mitglieder

FWD-Vertreter: Heinrich Kalt, Reto Schmid (Vizepräsident), Eduard Schneiter

Die Arbeit der BWK zeigt eine deutliche Verschiebung von der Begutachtungstätigkeit, dem Vorbesprechen von Baugesuchen und Gestaltungsplänen zur Behandlung von Einsprachen und Beschwerden. Man muss eben miteinander reden!

In der Baukommission mit sieben Mitgliedern, die mit vollem Namen **Bau-, Werk- und Planungskommission** heisst, sind die Freien Wähler Dornach mit drei Personen vertreten. Unsere Arbeit in der Kommission im Verlauf der letzten Jahre zeigt nun eine deutliche Verschiebung von der Begutachtungstätigkeit von z.B. Ausnahmebaugesuchen, von der Vorbesprechung von Baugesuchen und von Gestaltungsplänen, vom Untersuchen der vom Gemeinderat oder dem Gemeindepräsidium überwiesenen Bausachfragen, etc. zum

hauptsächlichen Behandeln von Einsprachen und von Beschwerden und Klagen.

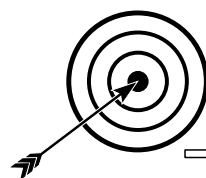
Manchmal hat man den Eindruck, wie es auch kürzlich an einer Kommissionssitzung gesagt wurde, dass viele Leute aufs „Land“ ziehen wollen, aber das „Land“ nicht mehr ertragen. Wir denken zum Beispiel an die krähenden Güggele oder das Glockengeläute von Schafen oder Kühen, etc. oder auch an das Unkraut im Rasen des Nachbarn. Viele dieser **vermeintlichen Streitpunkte** sind im kantonalen oder kommunalen Baugesetz eindeutig geregelt, manchmal handelt es sich auch um zivilrechtliche Fragen. Meistens wird trotzdem versucht, seine ureigene Ansicht der Dinge mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durchzusetzen. Wir stellen dann anlässlich von Einspracheverhandlungen, wenn die Kontrahenten, in den meisten Fällen die Nachbarn, zusammengerufen werden, fest, dass das Anrufen eines Anwaltes oder sonstigen Rechtvertreters überflüssig wäre. Das gemeinsame nachbarliche Reden miteinander oder auch das Orientieren der Nachbarschaft über Änderungen etc. sind weitgehend verloren gegangen.

Ein wichtiges Thema mit viel Kommissionsarbeit hat uns und wird uns noch weiterhin beschäftigen. Es betrifft dies die Änderung des Kanalisationsreglements, des Wasserreglements und des Reglements über Grundeigentümerbeiträge und -gebühren. Ausgelöst durch das seit einigen Jahren im Bundesrecht verankerte Verursacherprinzip und der Bestimmungen im Kantonalen Gemeindegesetz über die Einführung von getrennten Wasser- und Abwasserkassen ist vom Kantonalen Amt für Umwelt ein Musterreglement über die Abwassergebühren ausgearbeitet worden. Zusätzlich hat ein Ingenieurbüro aus dem Gäu ein computergestütztes Berechnungsprogramm erstellt, in welchem die finanziellen Konsequenzen beim Einführen und Ändern von Parametern im Gebührenreglement sofort sichtbar gemacht werden können.

Mit diesen beiden Arbeitsinstrumenten hat die Baukommission eine Anpassung unserer

bestehenden und recht gut funktionierenden Reglemente an diese neuen Bestimmungen ausgearbeitet. Weil bis heute die Ausgaben für Kanalisation und Wasser aus der allgemeinen Gemeinderechnung bestritten worden sind, haben wir uns als Vertreter der FWD vehement bemüht, dass die anfallenden Gebühren, trotz der grossen Anpassungen an das Bestehende sich möglichst kostenneutral auswirken werden, denn sonst handelt es sich um versteckte neue Steuern. Allerdings werden die Aufwendungen für die zukünftigen Investitionen und auch die Abschreibungen der Anlagen auf die Gebührenhöhe im neuen Reglement wesentlichen Einfluss haben. Eigentlich hätten die geänderten Reglemente schon am 1. Januar 2002 in Kraft treten sollen. Aber es sind noch einige grundsätzliche technische und politische Fragen zu klären, bevor die neuen Reglemente vom Gemeinderat und der Gemeindeversammlung behandelt respektive genehmigt werden können.

Heini Kalt, Reto Schmid, Edi Schneiter



Schulkommission

9 Mitglieder

FWD-Vertreter: Helen Blatter, Kurt Häusermann, Edwin Kaufmann, Silvia Streit

Umfassende Blockzeiten

In Dornach werden versuchsweise für zwei Jahre umfassende Blockzeiten eingeführt. Diese beinhalten mehr als Verschiebungen von Zeitrahmen und Stundenplänen.

Stellen Sie sich vor, Ihre drei Kinder gehen vormittags zu unterschiedlichen Zeiten zur Schule und kehren ebenso unkoordiniert wieder nach Hause zurück..... Bald gehört dieses Bild für Dornach der Vergangenheit an.

Ab Schuljahr 2003/2004 gelten in Dornach umfassende Blockzeiten. Damit wird eine Regelung eingeführt, bei der alle Schülerinnen und Schüler resp. Kindergartenkinder von Montag bis Freitag jeweils von 08.15 Uhr bis 11.45 Uhr unterrichtet werden. Die zeitliche Gestaltung an den Nachmittagen richtet sich nach der Schulstufe. Der Unterricht findet dementsprechend an einem (im Kindergarten) oder an bis zu vier Nachmittagen (in der Primarschule) statt.

Die Einführung der umfassenden Blockzeiten verfolgt dabei folgende pädagogische Ziele:

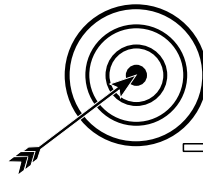
- Ein regelmässiger Rhythmus verbunden mit längeren Unterrichtseinheiten wirkt beruhigend und vertiefend, was besonders Kindern mit Konzentrationsschwierigkeiten zugute kommt.
- Erfahrungsgemäss ist die Lern- und Aufnahmefähigkeit vormittags grösser, dieser Tatsache wird Rechnung getragen.
- Um den Abteilungsunterricht gewährleisten zu können, werden zusätzliche Angebote in den Stundenplan integriert (musikalischer Grundkurs, Förderstunden).
- Ein regelmässiger Schulbetrieb wirkt sich auch wohltuend auf den häuslichen Alltag aus.

Nebenbei ermöglichen umfassende Blockzeiten beiden Elternteilen, einer Beschäftigung nachzugehen.

Ab Schuljahr 2003/2004 besuchen also Ihre Kinder den Unterricht auf allen Stufen zur selben Zeit. Für Dornach ist dies eine Versuchsphase, befristet auf zwei Jahre. 2004/2005 wird über die definitive Einführung der Blockzeiten an unseren Schulen entschieden.

Vielleicht können Sie sich dann kein anderes Zeitgefüge mehr vorstellen.....

Helen Blatter, Silvia Streit



Friedhof- kommission

5 Mitglieder

FWD-Vertreter: Cäsar Herzog, Hanspeter Riesen (Aktuar)

Ein sehenswerter Brunnen, der nach der Reinigung im neuen Glanz erstrahlt, und andere wichtige Details verschönern die Anlage. Noch sind nicht alle Garantearbeiten der neuen Abdankungshalle abgeschlossen.

Fortschreitende Gestaltung einiger der wichtigen Details an der Friedhofanlage

Die neue Abdankungshalle wird von einer grossen Mehrheit der Besucher als gut gelungenes Bauwerk gelobt. Einige kleine Details sind aber immer noch in Arbeit. So zum Beispiel konnte noch keine Alternative zu Kerzen und keine geeignete Lösung für Weihwasser in den Aufbahrungsräumen gefunden werden. Die Garantearbeiten sind ebenfalls noch nicht alle abgeschlossen.

Unser Hauptaugenmerk, der grosse Brunnen, wurde gereinigt und entkalkt. Jetzt erstrahlt er in seiner ursprünglichen weissen Farbe.

Um den Platz vor der Abdankungshalle einladender zu gestalten, werden nun Sitzbänke für die älteren Besucher aufgestellt.

Eine andere Fragestellung, für die wir eine Lösung suchen, sind die wundervollen Figuren-Kunstwerke, die wir zum Aufstellen in der Anlage als Geschenk erhalten würden. Da auf dem Friedhof schon jeder Grabstein als kleines Kunstwerk erscheinen soll und neben den wichtigen Blickpunkten, wie der Abdankungshalle, dem Baumbestand, dem Brunnen und dem Gemeinschaftsgrab, nicht noch mehr Sehenswertes geschaffen werden kann, ist es schwierig, zusätzliche Statuetten aufzustellen. Zudem stehen wir dann vor dem

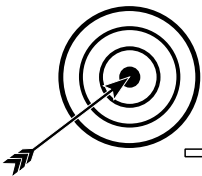
Problem, was wir bevorzugen sollen, um nicht Präjudizen zu schaffen.

Weiter sind verschiedene Grabfelder abzuräumen, weil die reglementarischen zwanzig Jahre überschritten sind. Auch hierzu stehen verschiedene Meinungen im Raum, die zu berücksichtigen sind.

Abklärungen im Zusammenhang mit Familiengräbern sind ein weiteres Traktandum, das auf einen Nenner gebracht werden muss.

Die Aufgaben und Fragestellungen gehen nicht aus und beanspruchen einige Zeit.

Cäsar Herzog, Hanspeter Riesen



Wahlbüro

5 Mitglieder

FWD-Vertreter: Kathi Buser

„Die Gemeindewahlbüros überwachen die Stimmabgabe und ermitteln die Resultate der Urnengänge in den Gemeinden.“

So steht es geschrieben in der Gesetzgebung über die politischen Rechte, herausgegeben von der Staatskanzlei des Kt. Solothurn.

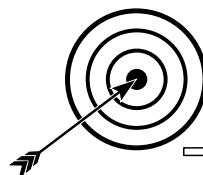
Konkret läuft dies etwa so ab: Um die Wahrung des Stimmgeheimnisses sicher zu stellen, entnehmen bei der **brieflichen Stimmabgabe** am Abstimmungstag die Mitglieder des Wahlbüros als erstes die Stimmrechtsausweise aus den Sichtfenstern der eingegangenen Zustellcouverts. Erst wenn alle Ausweise von den Umschlägen getrennt sind, dürfen die Couverts geöffnet und die darin enthaltenen Wahl- oder Stimmzettel auf der Rückseite abgestempelt und unverzüglich uneingesehen und unkontrolliert in die entsprechenden Urnen gelegt werden. Nicht unterschriebene Stimmrechtsausweise oder nicht zugeklebte Couverts sind ungültig.

Bei der **persönlichen Stimmabgabe** ist der Stimmrechtsausweis im Wahlbüro abzugeben und die Rückseite der Wahlzettel einem Wahlbüromitglied zum Abstempeln vorzulegen. Dann werden die Zettel vom Stimmberechtigten selbst in die Urnen gelegt. Damit ist die Wahl- und Stimmabgabe vollzogen. Von Dornach zur Zeit 3800 stimm- und wahlberechtigten Einwohnern nehmen in der Regel zwischen 45 und 55 % an Abstimmungen teil. Etwa 90 % der Stimmen gehen brieflich ein und nur mehr ein kleiner Teil der Stimmberechtigten lässt es sich nicht nehmen, am Samstagabend oder Sonntagmorgen einen Spaziergang zum Wahllokal zu machen und ihren Zettel persönlich in die Urne zu werfen.

Nach Schliessung des Wahllokals werden die Ergebnisse von den Mitgliedern des Wahlbüros und zusätzlich vom Präsidenten aufgeborenen Ersatzmitgliedern ermittelt. Dank der Unterstützung durch Computer und Zählmaschinen liegen die Resultate heute meist schon nach 1 – 2 Stunden vor. Für jede Wahl- und Abstimmungsvorlage wird ein Protokoll erstellt, in dem das Ergebnis festgehalten ist. Die Wahlzettel werden verpackt und versiegelt und dem Oberamt (in Gemeindeangelegenheiten der Gemeindeverwaltung) zur Aufbewahrung übergeben.

Die Resultate werden sodann in den Aushängkästen der Gemeinde veröffentlicht.

Kathi Buser



Fusswege

5 Mitglieder

FWD-Vertreter: Felix Heiber (Aktuar)

Die Fusswege sind auf einem guten Weg!

Wie ich bereits in den Infoblättern Nr. 1/2002 und Nr. 2/2002 berichtet habe, wurde die

Kommission Fusswege am 13. November 2001 gebildet. Seit Erscheinen des Infoblattes Nr. 2/2002 hat die Kommission nicht mehr getagt, weil unsere Arbeit vorläufig beendet oder zumindest unterbrochen ist. Das heisst aber nicht, dass eine Art Winter- bzw. Sommerschlaf angebrochen ist, sondern die Arbeit liegt jetzt in den Händen der ausführenden Organe. Es würde den Rahmen des Infoblattes bei weitem sprengen, wenn ich hier alles detailliert auflisten würde, was unternommen werden muss und welche Arbeiten bereits in Auftrag gegeben wurden.

Die Gesamtsumme für die Arbeiten der Prioritäten 1 (P1) betragen Fr. 134'000.-- Der wahrscheinlich grösste Brocken in unseren Anträgen der P 1 dürfte die Sanierung des Schulweges Gwänd sein. Die notwendigen Arbeiten inklusive Fr.12'000.-- für einen Sicherheitsbeamten der SBB werden ca. Fr. 102'000.-- kosten. Die Sanierung des Gotthärdli mit Kosten von ca. Fr. 32'000.-- wirkt daneben direkt bescheiden. Ausgaben über Fr. 100'000.-- müssen von der Gemeindeversammlung genehmigt werden. An der Gemeindeversammlung vom 18. Juni 2003 wird deshalb über diese Vorlage abgestimmt. Allerdings ist zu hoffen oder sogar zu erwarten, dass die Vorlage angenommen wird, und dass die Aufträge gleich nach der Gemeindeversammlung vergeben werden können.

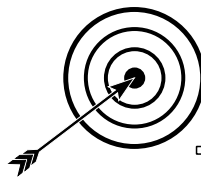
Für die Anträge der Priorität 2 laufen Offertanfragen über die Bauverwaltung.

Wie man sieht, bewegen sich in Dornach nicht nur die Fussgängerinnen und Fussgänger, sondern auch in Sachen Verbesserung der Fusswege ist glücklicherweise einiges in Bewegung. Allerdings wird der von der Kommission aufgestellte Zeitplan eine gewisse Verzögerung erfahren, weil unsere Terminplanungen offenbar etwas zu optimistisch waren. Weil Fussgängerinnen und Fussgänger gewohnt sind, in gemächlichem Tempo zu denken und zu leben, dürfte diese Verzögerung zu verkraften sein. Die Vorfreude auf die zu erwartenden, wesentlich besseren, schöneren und auch sichereren

Fusswege in Dornach dauert dafür umso länger.

Es bleibt dann zu hoffen, dass die noch besseren Wege und Verbindungen auch ein Anreiz sein werden, sich öfters wirklich „automobil“, also aus eigenem Antrieb, zu Fuss, durch Dornach zu bewegen.

Felix Heiber



Dornachbrugg

Die bauliche Entwicklung von Dornachbrugg

Erfreulich, wie sich Dornachbrugg langsam aber kontinuierlich zu einem bedeutenden Ortsteil entwickelt.

Die bereits heute schon bestehende, gute Infrastruktur (Einkaufsmöglichkeiten, öffentlicher Verkehr, Dienstleistungen) wird sich mit der Realisierung der kurz- und längerfristig anstehenden Projekte, die da sind:

- **Bebauung Nepomukplatz**
- **Bahnhofsplanung**
- **Anschluss des Güterverkehrs aus dem Industriegebiet an die H 18**
- **Weiterer Ausbau des öffentlichen Verkehrs (SBahn)**

nach und nach noch wesentlich verbessern. Dornachbrugg ist auf dem Wege sich zu einem regional bedeutenden Ort zu entwickeln, sowohl in Bezug aufs Wohnen wie auch aufs Arbeiten.

Für den Nepomukplatz wurde mit der öffentlichen Auflage des aus einem Wettbewerb hervorgegangenen Projektes als Gestaltungsplan der erste Schritt im Bewilligungsverfahren eingeleitet. Wenn alles gut geht, kann im Frühjahr 2004 mit den Bauarbeiten begonnen werden.

Der immer attraktiver werdende Ortskern wird

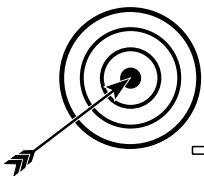
andererseits von einer massiven Lärmbelästigung durch den Güterverkehr aus dem Industriegebiet beeinträchtigt.

Um diesem Misstand abzuwehren hat das Gemeindepräsidium mit der Nachbargemeinde Aesch (die unter dem gleichen Übel leidet) Kontakt aufgenommen, mit dem Ziel doch noch einen Anschluss an die H 18 zu finden. Dank dieser Initiative der beiden Gemeinden hat der Kanton BL einen Auftrag erteilt, die technischen und finanziellen Auswirkungen eines solchen Anschlusses zu untersuchen.

Je attraktiver der Ort, um so leichter finden sich Investoren.

Dieses Gesetz könnte sich auch für die schon einige Jahre alte Bahnhofsanlage bewähren. Es ist zu hoffen, dass sich für dieses grössere und komplexe Vorhaben in hoffentlich nicht allzu ferner Zukunft Investoren für eine Realisierung finden.

Joachim Knauer



Polizei- verordnung

5 Mitglieder

FWD-Vertreter: Hans Hasler

Einige wenige Dinge, die in eine Polizeiverordnung gehören, sind nicht auf kantonaler oder eidgenössischer Ebene geregelt. Wer weiss überhaupt, was von der Gemeinde geregelt wird? Das kennen zu lernen und darüber sogar mitzubestimmen, war an der Gemeindeversammlung vom 18. Juni Gelegenheit.

Wenn man als Gemeinderat vor der Aufgabe steht, eine Polizeiverordnung zu überarbeiten, überkommt einen zunächst ein mulmiges Gefühl. Was gibt es denn da zu regeln? Ist nicht alles schon auf kantonaler und eidgenössischer Ebene geregelt? Haben wir da

überhaupt einen Spielraum? Und ist es sinnvoll, diesen Spielraum auf der Gemeindeebene zu belassen?

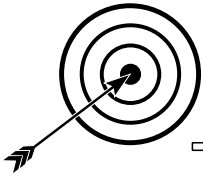
Nun sind wir ja mit dieser Arbeit auch prompt in ein Fettnäpfchen, resp. einen nicht im Robidog aufgesammelten Dreck getreten ich meine den Leinenzwang für Hunde. In der vorbereitenden Kommission fällten wir ganz bewusst keine Entscheidung darüber, sondern wollten ihn dem Gemeinderat überlassen. Da wurde dann in einem ersten Schritt für das ganze Gemeindegebiet Leinenzwang beschlossen, was aber nach weiteren Recherchen und Kommentaren von oben herab doch wieder zurückgenommen werden musste womit deutlich wurde, dass unser Spielraum eben doch nicht so gross ist.

Ich habe mich dezidiert für Leinenzwang eingesetzt und erhielt deswegen aufgrund der Zeitungsberichterstattung zwei Briefe: den einen mit einem Kompliment, den anderen mit dem Ratschlag, zum Psychiater zu gehen. Ich kann aber genauso gut ohne Leinenzwang leben mir geht es ja nicht um die lieben Vierbeiner, sondern um deren Betreuer. Wir sind jedenfalls über eine Wirkung der Diskussion erfreut: viele Hundehalter haben sich gerade im Anschluss an die Berichterstattung vermehrt um Rücksichtnahme auf die Mit-Spaziergänger und Passanten bemüht.

Andere Punkte, die aber ziemlich sang- und klanglos über die Bühne gingen, betreffen freundschaftliche mögliche Störungen durch den Rasenmäher zu Unzeiten, die dann dank einer Regelung in der Polizeiverordnung mit dem Fingerzeig auf die Uhr dem Nachbar bemerkbar gemacht werden können, da dieser ja im Eifer die Zeit überschreitet und im Lärm den Zuruf, es sei Zeit zum Aufhören, nicht hören kann. Andere polizeiliche Regelungen wie das Verbot, Gartenabfälle zu verbrennen – Grillfeuer, mit oder ohne Gartenabfällen – sind erlaubt, oder Höhe, Breite, Nähe und Dicke von Hecken sind anderswo geregelt.

Kommissions- und Gemeinderatsarbeit ist manchmal lustig, kann amüsieren, oft ist es aber recht harte Knochenarbeit.

Hans Hasler



Egon

Kennen Sie Egon, das kleine Ego-Teufelchen, Egon, das kleine Egoistchen? Das will gross werden, soooooooooo gross. Egon will mehr. Er wird gross durch: mehr Geld, mehr Ruhm, mehr Macht. Letztere ist besonders sexy, dafür tut er fast alles. Egon ist ein naturgegebener Trittbrettfahrer. Er begleitet jeden Menschen, auf der Schulter sitzend, als Einflüsterer. Er säuselt, laviert, intrigiert, wenn nötig droht er auch. Jede Tat, jeder Entscheid wird auf seine Tauglichkeit das eigene Wachsen zu fördern geprüft.

Manche Menschen sind ziemlich taub für die Wünsche ihres Egon. Klein und völlig entkräftet hängt er auf ihrer Schulter. Von Zeit zu Zeit rafft er sich auf, um einen weiteren, hoffnungslosen Versuch zu machen, sie für seine Zwecke einzuspannen. Aber sie ignorieren ihn, denn sie sind selbstbewusst. Beim Durchschnittsmenschen ist Egon von mittlerer Statur. Er ist wohlproportioniert mit Mister-Schweiz-tauglichem Bizeps und Waschbrettbauch. Viele Trainingseinheiten, einige verlorene Runden und immer wieder auftretende Fastenzeiten haben ihm dazu verholfen. Ganz anders bei den Hörigen. Sie sind Egons Paradies, sein Schlaraffenland. Hier hat Egon seinen Menschen fest im Griff. Und er kann wachsen. Gross und fett sitzt er als schwere Last auf der Schulter. Er dirigiert seinen Menschen mit Fingerschnippen, denn argumentieren ist nicht mehr nötig; das Menschenhirn ist abgeschaltet.

Was das mit Politik zutun hat? Auch Politikerinnen und Politiker haben ihren Egon. Weil sie sich ja in ihrer politischen Tätigkeit für die Allgemeinheit einsetzen sollen, ist es natürlich von Interesse wie gross der jeweilige Egon ist. Zudem sind Politiker sozusagen öffentliche Personen und daher gut zu beobachten. Allerdings ist Egon manchmal kaum zu sehen. Er tarnt sich gut, oder der Mensch

versteckt ihn. Man muss schon gut aufpassen und längere Zeit beobachten, um ihn zu sehen. Er ist immer dann zu erhaschen, wenn z.B. im Gemeinderat gleichartige Geschäfte wortreich und überzeugend unterschiedlich beurteilt werden. Wenn ein Entscheid von historischer Bedeutung sein soll, dann lohnt es sich auch ganz genau auf die Schulter zu schauen: oft feiert dort Egon seinen Erfolg.

Nicht nur seltene Arten sind für Biologen spannende Jagdbeute. Auch scheue, schwer zu beobachtende Arten sind attraktiv. Egon gehört zu letzteren. Wenn Sie ihn auch beobachten wollen, so wird das in zwei Jahren besonders einfach sein. Egon tritt periodisch ganz häufig und viel offener auf: vor Wahlen.

Ursula Kradolfer

Impressum:

Infoblatt der Freien Wähler Dornach
Redaktion: Hans Hasler, Ursula Hofer-Wiesinger, Hans Reinacher

Das Infoblatt ist das zweimal jährlich erscheinende Informationsblatt der Freien Wähler Dornach. Es wird von diesen selber an alle Haushaltungen verteilt. Fragen und Anregungen zum Infoblatt und zur Politik der Freien Wähler nimmt gerne unsere Redaktion, Telefon 061 701 82 53, entgegen.

Schriftliche Kontaktaufnahme unter:

Freie Wähler Dornach
Redaktion Info-Blatt
Postfach, 4143 Dornach 2

oder

info@fwd-dornach.ch

Besuchen Sie uns auch auf dem Internet unter:
www.fwd-dornach.ch

Juni 2003